

Reszat, Beate

Article — Digitized Version

Finanzkrisen: ein Netzwerk gegen Zocker

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Reszat, Beate (1999) : Finanzkrisen: ein Netzwerk gegen Zocker, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 2, pp. 66-67

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40373>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Finanzkrisen: Ein Netzwerk gegen Zocker



Beate Reszat

Nach den Turbulenzen des letzten Jahres auf den internationalen Finanzmärkten wird zur Zeit vielerorts Bilanz gezogen und versucht, Lehren aus der Asienkrise, dem Rußlanddebakel und dem Zusammenbruch des Hedgefonds Long-Term-Capital-Market (LTCM) und den damit einhergehenden Erschütterungen des Systems zu ziehen. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, daß es zur Eindämmung derartiger Entwicklungen einer verstärkten Kontrolle von Finanzaktivitäten und -akteuren bedarf. Das Augenmerk konzentriert sich hier vor allem auf die kurzfristigen Kapitalströme, die in die sogenannten Emerging Markets, die aufstrebenden Länder Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas fließen, und auf diejenigen Marktteilnehmer, die vielfach als Hauptschuldige und treibende Kraft in den Krisen betrachtet werden, die hochrisikofreudigen Hedgefonds, die wie LTCM mit großem Kapitaleinsatz unter Ausnutzung von Hebelwirkungen operieren. Beides zielt in mancher Hinsicht am Kern der Dinge vorbei.

Was die Kapitalströme betrifft, mag für ein einzelnes Land wie Korea, Thailand oder jüngst Brasilien ihr Abzug bei dem geringsten Anzeichen einer Krise höchst prekär sein. Für Dauer und Ausmaß einer Spekulationsbewegung und damit auch die Gefahr einer Ansteckung anderer Länder sind sie von untergeordneter Bedeutung. Hierfür kommt es vor allem darauf an, wie stark der Strudel ist, in den die Währung des Landes gerissen wird, und wie schnell es gelingt, die Erwartungen in den Devisenhandelsräumen der Welt in eine andere Richtung zu lenken. Vielfach werden in der öffentlichen Diskussion nur die Kapitalbewegungen internationaler Investoren gesehen, nicht aber die Währungsgeschäfte, die die Kurse der Länder in so fataler Weise beeinflussen und dabei der Spekulation in selbstverstärkenden Prozessen immer neue Nahrung bieten, was den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern letztlich jeden Handlungsspielraum nimmt.

Welches sind die Hauptakteure auf den Devisenmärkten? Nicht die Hedgefonds, wie eine Statistik der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zeigt, die alle drei Jahre Handelsvolumen und -zusammensetzung nach Geschäftsarten und Marktteilnehmern ermittelt. Danach entfallen in London, dem mit Abstand größten Devisenhandelszentrum weltweit, gerade einmal 9% auf Geschäfte mit Nichtbanken-Finanzinstituten, wozu neben den Hedgefonds beispielsweise auch Pensionsfonds zählen. Der weitaus überwiegende Teil sind Interbankgeschäfte. Sie machten im vergangenen Jahr 83% des Handels aus.

Banken sind es also, die das Währungsgeschehen maßgeblich beeinflussen. Dabei ist die Zahl der Beteiligten, denen in einer regionalen Krise Gewicht zukommt, durchaus überschaubar. Im Devisenhandel ist die Marktkonzentration generell hoch. Weltweit gibt es schätzungsweise 30 bis 40 Banken, die in größerem Umfang ständig international aktiv sind. In London beispielsweise haben die zehn führenden Institute einen Marktanteil von 50%. Nur wenige unter ihnen sind auf Emerging-Markets-Währungen spezialisiert. Nach Angaben der US Federal Reserve sind es auf dem weltweit zweitgrößten Devisenmarkt USA – allein auf New York entfielen 1998 etwa 18% des Gesamthandels – nur 15 Händler, die größere Beträge in thailändischen Baht handeln, 14 in brasilianischen Real, fünf in koreanischen Won und in Rußlands Währung sogar nur zwei. Die Währungsgewinne, die sie für ihre Institute erwirtschaften, dürften erheblich sein, auch wenn hierzu kaum Zahlen vorliegen. Für 1997, das Jahr, in dem die Asienkrise ausbrach, berichteten amerikanische Banken wie die Chase Manhattan, Bank of America und Merrill Lynch von einer Steigerung ihrer Währungsgewinne insgesamt um 60 bis 70%. Sie waren, so hieß es, keine Ausnahme.

Der Kreis der Banken an der Spitze ist von Währung zu Währung fast immer gleich. Nach Umfragen der Zeitschrift Euromoney steht beispielsweise im Handel mit asiatischen Währungen die Citibank auf Platz eins, gefolgt von der HSBC und der Standard Chartered Bank, während sich die Deutsche Bank und die Chase Manhattan Platz vier teilen. Für Lateinamerika sind die ersten drei Plätze von der Citibank, der Chase Manhattan und der Bank of America belegt, danach kommen die Deutsche Bank und JP Morgan. Bei den osteuropäischen Währungen nimmt die Deutsche Bank nach der Citibank den zweiten Platz ein, gefolgt von Chase Manhattan, JP Morgan und ABN Amro. Auf diese und andere führende Institute richtet sich das Hauptinteresse, sie gilt es einzubinden, wenn es darum geht, dem freien Fall der Währungen in einer Krise vorzubeugen.

Wie könnte eine entsprechende Regelung aussehen? Vielleicht so, wie es sich der Vertreter der Weltbank Wolfgang Reinicke vorstellt, der seine Ideen jüngst in einem bemerkenswerten Buch dargelegt hat: Ein weltweites Informationsnetz, das zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgespannt wird und in einem Konsens, der in Diskussionen laufend überprüft wird, zu einer Art minimaler Standards gelangt. Neben IWF, Weltbank und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wären die Banken selbst an diesem Prozeß direkt beteiligt. Dabei könnte etwa, wie Reinicke kürzlich in einem Zeitungsinterview vorschlug, in den Instituten ein „moral intelligence officer“ angestellt sein, der über die Einhaltung der Standards wacht und aufpaßt, „daß nicht gezockt wird“. Käme es dennoch zu groben Verfehlungen, würden die Betroffenen öffentlich an den Pranger gestellt oder in anderer Weise unter Druck gesetzt. Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden in den großen Industriestaaten verfügen erfahrungsgemäß über eine reichhaltige Palette formeller und vor allem informeller Methoden, die sich zu diesem Zweck einsetzen ließen.

Wenn sich dieser Weg nicht bewährt und sich die Banken dem Diktat der internationalen Gemeinschaft nicht unterwerfen, könnte auch über Alternativen nachgedacht werden. Denkbar wäre zum Beispiel eine Einigung auf eine Meldepflicht und Begrenzung bestimmter, wohldefinierter Aktivitäten im Eigenhandel nach internationalen Regeln, deren Einhaltung dann einer Überwachung durch nationale Aufsichtsbehörden unterläge, wobei diese Aufgabe auch nichtamtlichen Einrichtungen wie Bankenverbänden und -zusammenschlüssen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips übertragen werden könnte.

Oft heißt es, Banken zu verantwortungsbewußterem Verhalten zu bewegen, sei nicht durchsetzbar. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat dieser Tage in einem anderen Zusammenhang gezeigt, daß sie die Aussichten hierfür durchaus positiv bewertet. Ende Januar hat der Baseler Ausschuß für die Bankenaufsicht seine Vorstellungen zu einer Überwachung der Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Hedgefonds erläutert. Letztere haben ihren Hauptsitz üblicherweise in Offshore-Zentren und entziehen sich damit weitgehend einer direkten Kontrolle. Daher hat der Ausschuß beschlossen, sich an die Banken zu halten und Standards für deren Umgang mit den Fonds zu formulieren. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Einbindung der Geschäfte in die allgemeine Kreditrisikopolitik einer Bank, die Sammlung und Auswertung von Informationen über die Aktivitäten und Risiken der Fonds, die genaue Ermittlung offener Positionen vor allem im Derivatehandel mit den Fonds, die Festlegung sinnvoll begründeter Kreditobergrenzen, die Ausgestaltung von Kreditverträgen gemäß der Qualität der Schuldner und die fortlaufende Beobachtung der Kreditwürdigkeit und des Risikoprofils der Fonds sowie der Art und Höhe der eingegangenen Engagements.

Dies ist ein weitreichender Forderungskatalog, doch spricht aus dem Bericht durchaus Zuversicht, was seine Realisierung und Umsetzung durch die nationalen Aufsichtsbehörden betrifft. Nicht ersichtlich ist, warum so etwas nicht auch im Währungsbereich möglich sein soll. Während die Empfehlungen des Ausschusses im genannten Fall darauf abzielen, die Risiken für die Banken zu begrenzen, würde es bei einer Formulierung von Standards für den Handel mit Währungen vor allem um die Wiederherstellung geordneter Marktverhältnisse gehen und darum, daß die Weltwirtschaft in einer Krise nicht durch die Unbesonnenheit und Gier einzelner zusätzlich Schaden nimmt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß internationale Banken ihr Verhalten oft schon revidieren, wenn eine offizielle Regelung nur droht. Eine klare Position der Aufsichtsbehörden in diesem Punkt und ein deutliches Signal, daß ihnen dringend an einer Änderung der bestehenden Praktiken gelegen ist, könnte der nächsten Krise viel von ihrer Dynamik nehmen.